

Landrat schießt über das Ziel hinaus

Zum Kommentar „Zu viel des Guten“ und „Kampf um die Oberstufe“ vom 6. Juli über die Einführung der gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule Innenstadt in Esslingen:

Mit Überschriften interessiert man Leser – mit Inhalten informiert man sie. Da ich sachlich fundierten Journalismus in den Artikeln von Roland Kurz zur gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule zum großen Teil vermisste, will ich als Zuhörer der Kultur- und Schulausschuss-Sitzung vom 5. Juli im Landratsamt einiges geraderücken. Nach dem derzeit noch ausstehenden Beschluss des Esslinger Gemeinderates zur Antragstellung einer gymnasialen Oberstufe wird der Landkreis als Beteiligter vom Regierungspräsidium lediglich gehört. Die letztendliche Entscheidung zum Antrag wird vom Regierungspräsidium in Abstimmung mit dem Kultusministerium bekannt gegeben. Der Sachentscheid eines Antrags liegt also zunächst beim Esslinger Gemeinderat. Dass der Landkreis bereits frühzeitig beteiligt wurde, ist lobenswert. Dass der Landrat etwas übers Ziel hinaus geschossen ist mit seiner „Negativ-Stellungnahme“, ohne Rücksprache mit dem zuständigen Kultur- und Schulausschuss, ist ein unschönes Internum. Die Äußerung von Heinz Eininger bei der Sitzung am 5. Juli, dass die Gemeinschaftsschule ja wohl nur als eine Art Weiterführung der Haupt- oder Werkrealschulen anzusehen sei, wirft ein schlechtes Bild auf die Vorbereitung zum Thema und offenbart größte Lücken und Fehler in seinen Informationen zur Thematik Gemeinschaftsschule. Dies hat mich als Mutter und Zuhörerin doch sehr irritiert. Aber es besteht Hoffnung, dass die Vertreter der SPD, Grünen, Linken, auch Einzelne der Freien Wähler und Karl Zimmermann als Kirchheimer CDU-Landtagsabgeordneter Eininger etwas von ihren Kenntnissen zukommen lassen werden. Hierbei hilfreich kann auch die Online-Information von offizieller Seite – dem Kultusministerium – sein.

Von unseren offiziellen und gewählten Vertretern müsste dieses Wissen eigentlich eingefordert werden, denn sie treffen Aussagen und zum Teil weitreichende Entschlüsse. Reden wir bei dem Thema Gymnasiale Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule doch bitte mal über Bildungsgerechtigkeit für alle unsere Kinder und Jugendlichen. Reden wir bitte mal über Differenzierung beim Lernen, individuell je nach Schüler-Können. Und reden wir letztendlich doch mal über unsere Kinder, die jetzt schon und erst recht später nach Schulabschluss und Ausbildung gebraucht werden in allen Bereichen unserer Gesellschaft, weil sie ein Teil davon sind und diese mit ausmachen.

Anke Matthes
Esslingen

Bewusstes Spiel mit falschen Zahlen

Zum Kommentar „Zu viel des Guten“ und „Kampf um die Oberstufe“ vom 6. Juli über die Einführung der gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule Innenstadt in Esslingen:

Im Kommentar „Zu viel des Guten“ ist schon die falsche Überschrift gewählt. Zu viel des Guten kann und darf es beim Thema Bildung für unsere Kinder nicht geben. Wenn die Stadtverwaltung gutes Geld in die Hand nimmt, um den Bildungsstandort Esslingen auszubauen, dann ist das eine Investition in die Zukunft unserer Kinder. Warum, so fragen wir, darf es denn keine Realisierung von pädagogischen Idealvorstellungen geben? Wenn EZ-Redakteur Roland Kurz im Kommentar ausführt, dass die Einführung einer gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule eine Konkurrenz zu den beruflichen Gymnasien bedeutet, sitzt auch er – wie der Landrat – den falschen Zahlen eines Rektors aus den beruflichen Gymnasien auf. Es gibt einen Satz, der unsere einfache Forderung nach einer gymnasialen Oberstufe passend trifft: „Man kann nicht das Schiff Gemeinschaftsschule auf große Fahrt schicken und dann auf halber Strecke einen der Zielhäfen streichen.“ Warum soll den Schülern, die an einer Gemeinschaftsschule auf gymnasialem Niveau arbeiten, nicht der Abschluss an ihrer Schule mit ihrer gewohnten Art zu lernen ermöglicht werden? Wie ist dieser Unterschied zu begründen?

Wenn man die aktuelle Diskussion zu den Lehr- und Lerninhalten der gymnasialen Oberstufe in Baden-Württemberg verfolgt, sind es gerade die Kompetenzen, für die die Gemeinschaftsschule steht, die immer mehr in den Vordergrund rücken. Deshalb gilt: Wenn Schüler auf drei Niveaus unterrichtet werden, ist es die logi-



Das Hochwasser in Hochdorf brachte Schlamm mit sich – und etliche Menschen in Not. Nun bedankt sich Christian Rau in einem Leserbrief bei den zahlreichen Helfern.
Foto: Bulgrin

sche Konsequenz, dass auf allen drei Niveaus auch die passenden Abschlüsse gemacht werden können. Das war bereits bei der Einführung der Gemeinschaftsschule im Schulgesetz vorgesehen – falls eine Gemeinschaftsschule das stemmen kann. Der CDU-Kreisrat und Landtagsabgeordnete Karl Zimmermann hat das seinen bürgerlichen Kollegen in der Ausschusssitzung mit deutlichen Worten klargemacht – im EZ-Bericht liest man hierzu nichts.

Zur angeblichen Existenzbedrohung der beruflichen Gymnasien: Es geistern viele Zahlen durch viele Tabellen. Mit Verstand gelesen zeigen sie jedoch eines: Den drei beruflichen Gymnasien in Zell gehen durch die gymnasiale Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule in Esslingen vielleicht sechs bis zehn „echte“ Realschüler pro Jahrgang verloren, nicht 22 Prozent der Schülerschaft – hier wird bewusst mit falschen Zahlen gespielt! Das ist umso bedauerlicher, als die Stadtverwaltung sich mit ihren Zahlen akribisch an die Vorgaben des Landes gehalten hat. Weniger Angst, mehr Mut zu mehr Vielfalt – das sollte die Entscheidung im Herbst bestimmen.

Melanie Krämer, Melanie Keefer und Gebhard Mehrle
Elterninitiative für eine gymnasiale Oberstufe an einer Esslinger Gemeinschaftsschule

Bürgerbegehren ist wichtig und richtig

Zu „JU kritisiert Bürgerbegehren“ vom 11. Juli über die Pläne zu einem Bürgerentscheid für den künftigen Standort der Esslinger Stadtbücherei:

Die Junge Union (JU) steht dem Bürgerbegehren „sehr kritisch gegenüber“, weil „viele Bürger sich mit dem Thema noch nicht umfangreich befasst oder keine Meinung haben“. Mit dieser Einschätzung liegt die JU total daneben. Kaum ein anderes Thema hat in den vergangenen Jahren so viele Bürger interessiert und mobilisiert wie der künftige Standort der Esslinger Stadtbücherei. Die Info-Veranstaltungen der Parteien und der Stadtverwaltung waren alle sehr gut besucht. Die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg sieht für solche Fälle ausdrücklich Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vor. Genau diesen gesetzlich geregelten Weg beschreitet die Bürgerinitiative. Deshalb ist der von der JU erhobene Vorwurf des „reinen Populismus“ völlig fehl am Platze. Kleine Episode am Rande: Carmen Tittel, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Gemeinderat, hat sich am Ende ihrer Info-Veranstaltung nicht mehr mit den Argumenten der Neubau-Skeptiker auseinandergesetzt, sondern im Stile einer Überholten „Basta-Politik“ verkündet, dass sich die Grünen bereits einstimmig auf den Neubau festgelegt hätten und im Gemein-

derat auch so abstimmen würden – so sei das nun mal in der Demokratie. Gut, dass es die Gemeindeordnung gibt; gut, dass es die Bürgerinitiative gibt, so dass doch die Bürger über die Zukunft der Stadtbücherei entscheiden können. Ich bin davon überzeugt, dass Demokratie funktioniert, auch in Esslingen – und das ist gut so.

Hermann Beck
Esslingen

Neue Haltestelle in der Römerstraße

Zu „Anfangsprobleme beim Busverkehr“ vom 7. Juli:

Der Städtische Verkehrsbetrieb Esslingen (SVE) hat den Busverkehr in Esslingen neu geregelt mit dem Ziel, diesen umweltfreundlicher zu gestalten. Dazu übernahm der SVE einen großen Teil der Linien, um diese zu elektrifizieren. Ein weiteres Linienbündel hat der SVE europaweit ausgeschrieben. Ein externes Unternehmen hat dieses Linienbündel nun übernommen und die Busse von Schlienz, Fischle und Schefenacker stehen still. Dadurch fahren seit 1. Juli 16 Fahrzeuge jeden Tag von Schlierbach nach Esslingen und wieder zurück – zusammen 750 Kilometer. Des Weiteren muss die Linie 110 zum Wenden vom Betriebshof in Wäldenbronn bis zur Römerstraße (2,2 Kilometer) oder zum Dulkhäusle (3,6 Kilometer) fahren. Bei 123 Linienfahrten am Tag sind das weitere 270 Kilometer. In der Summe fahren die auswärtigen Busse jeden Wochentag mehr als 1000 Kilometer nutzlos durch die Gegend. Zusammengerechnet werden fast 400 Liter Diesel unnötig verbrannt. So viel zum umweltfreundlichen Umbau des Busverkehrs in Esslingen.

Um zumindest die Leerfahrten der Linie 110 zur Römerstraße zu nutzen, wäre es eine Überlegung wert, die Endhaltestelle in die Römerstraße zu verlegen. Damit hätte man eine Anbindung vom Esslinger Norden an den Expressbus X20, der ebenfalls dort oben hält. Seither ist das nur mit dem Umweg und einem Umstieg über den ZOB möglich. Somit wäre die angestrebte schnellere Route ins Remstal verwirklicht.

Thomas Kaiserauer
Esslingen

Eine Schande für Deutschland

Zum Umgang mit der deutschen Vergangenheit:

Einige meiner Vorfahren nahmen am Zweiten Weltkrieg als deutsche Soldaten an Rückzugsgefechten teil; mein Großvater hat für Deutschland gekämpft, er ging dafür einige Jahre in Gefangenschaft und schuftete in Russlands Bergbau. Er und die

meisten seiner Kriegskameraden verabschiedeten die großmäuligen Politiker, die Kriegstreiber und Geschäftemacher. Gott ist ihnen gnädig, dass sie unsere modernen Zeiten nicht erleben müssen, in denen ihre Zeit in der Geschichte als Vogelschiss bezeichnet wird. Ein Besuch in einem ehemaligen KZ, zum Beispiel Natzweiler-Struthof, ist den Ewiggestrigen sehr zu empfehlen. Die alltäglichen Quälereien, die systematische Ermordung der Gefangenen sollten zu denken geben. Es ist sehr bedauerlich, dass viele Verantwortliche nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Erschreckend ist, dass die Irrtümer von damals verharmlost werden. Eine Schande ist, dass neuerdings nicht nur im Bundestag die Wortwahl an Hitler und seine Schergen erinnert. Die Damen und Herren sollten sich schämen und abtreten – damit wir uns nicht schämen müssen, wenn wir in andere Länder reisen!

Stefan Kuricini
Ostfildern

Das Tierschutzgesetz anwenden

Zu „Selbst Hamburger wollen Stuttgarter Eidechsen retten“ vom 14. Juli über 6000 Exemplare, denen wegen Stuttgart 21 der Tod droht:

Das mit den Eidechsen ist eine Riesensauerei! Von den Indern verlangen wir, dass sie ihre Tiger, Elefanten, Schlangen und Affen schützen; von den Afrikanern verlangen wir dasselbe mit ihren Löwen, Leoparden und Krokodilen. Und das alles nur, damit wir auf unseren Urlaubsreisen exotische Tiere vor die Kamera kriegen. Hierzulande hingegen schaffen wir es nicht mal, Eidechsen zu schützen. Aus „Artenschutz“-Gründen darf man sie einfach plattmachen. Dem steht doch aber unser Tierschutzgesetz entgegen: Es dürfen keinem Wirbeltier vermeidbare Schmerzen zugefügt werden. Wenn ich eine Kaulquappe aus einem Teich entnehme, um sie einem Kind zu zeigen, und sie hinterher wieder in denselben Teich zurücksetze, ohne sie zu verletzen, ich dabei aber erwischte werde, werde ich bestraft. Wenn ich im Wald eine gemauserte Busardsfeder aufhebe und werde dabei erwischt, dann werde ich bestraft, obwohl dabei kein Tier verletzt wird! Warum dürfen dann 6000 Eidechsen einfach so getötet werden? Sie sind doch genetisch so einzigartig, daher sollte man alles tun, um sie zu erhalten.

Ute J. K. Bemsel
Stuttgart

Großer Auslauf für die Eidechsen

Zu „Selbst Hamburger wollen Stuttgarter Eidechsen retten“ und zum Kommentar „Reptilien-Posse“ vom 14. Juli über 6000 Exemplare, denen wegen Stuttgart 21 der Tod droht:

Die Naturschutzbehörde des Stuttgarter Regierungspräsidiums sagt: Jede Zauneidechse benötigt 80 Quadratmeter Fläche. Das soll sie mal einem Obdachlosen oder einem Flüchtling erklären, der Anspruch auf 4,5 Quadratmeter hat!

Rainer Brutschy
Wernau

Wie arrogant sind wir nur geworden?!

Zu „Selbst Hamburger wollen Stuttgarter Eidechsen retten“ und zum Kommentar „Reptilien-Posse“ vom 14. Juli über 6000 Exemplare, denen wegen Stuttgart 21 der Tod droht:

Als ich den Bericht zu den sterbenden Eidechsen gelesen hatte, dachte ich sofort an das Buch und den Film „Per Anhalter durch die Galaxis“. Darin geht es darum, die Erde zwecks Baus einer galaktischen Hyperraum-Expressroute zu zerstören – was dann auch so kommt. Die Menschheit wurde nicht gefragt beziehungsweise hatte nicht geantwortet. Wer hat die Eidechsen gefragt? Wie arrogant sind wir geworden?! Sind wir oder einige von uns Herrscher über Leben und Tod? Es muss eine Lösung ohne den Tod der Eidechsen her, Paragraphen hin oder her!

Jörg Meurer
Esslingen

Die Familie hätte man einbürgern müssen

Zu „Gut integriert, trotzdem abgeschoben“ vom 7. Juli:

Das Drama um die Familie Bajrami aus Wolfschlügen ist schon eine ganz besondere Geschichte. Ihre Flucht nach Deutschland vor 25 Jahren ist absolut nachvollziehbar, wenn man sich die damalige, sehr komplizierte Lage im ehemaligen Jugoslawien anschaut. Es hat ja auch noch sehr viele Jahre gedauert, bis auf dem Balkan wirkliche Ruhe einkehrte. Dass es nach all diesen Wirren bei der Passbeschaffung Schwierigkeiten geben könnte, wird also keinen Menschen verwundern. Die Familie hat sich aber 25 Jahre lang tadellos verhalten und ist ein Muster für vorbildliche Integration.

Deswegen verwundert das Verhalten des Landratsamtes in Esslingen umso mehr, einer völlig intakten Familie den Aufenthaltstitel zu verweigern. Spätestens im Jahr 2015 hätte man die Familie aufgrund der Neuordnung des Bleiberechts zwingend einbürgern müssen. Warum geschah das nicht? Es ist doch auch die Aufgabe von Behörden, allen Menschen in diesem Land helfend zur Seite zu stehen. Stattdessen befindet sich diese Familie nun in einem völlig fremden Land, und man hat ihr jegliche Lebensgrundlage entzogen. Es wirkt wie ein Versuch, ihre Existenz zu vernichten. Und den beiden Töchtern Lejla und Elife wurde aufgrund fehlender Sprachkenntnisse und der kyrillischen Schrift sechs Monate lang jede schulische Weiterbildung verwehrt. Aber das war ja schon vor der Abschiebung jedem Beteiligten bewusst. Wenn man all das nun betrachtet, erkennt man sofort, wie leicht man das alles hätte verhindern können. Ich habe daher in den vergangenen Wochen mehr als 150 Abgeordnete und mehrere andere Personen angeschrieben, auf die kritische Situation der Familie hingewiesen und um Unterstützung gebeten. Es gibt also in Baden-Württemberg kaum einen Politiker, dem die sehr schlimme Lage der Familie Bajrami aus Wolfschlügen unbekannt wäre. Die letzte E-Mail habe ich dann am 8. Juli an unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel gesendet. Nun habe ich große Hoffnung, dass die Familie sich bald in ihrem gewohnten Umfeld wiederfindet.

Hermann Krupp
Waldbrunn

Herzlicher Dank an die Helfer

Zu „Häuser wieder mit Strom“ vom 30. Juni über die Hochwasserfolgen in Hochdorf:

Wie ein Alptraum riss uns das Hochwasser am 11. Juni aus dem Alltag. Mit aller Härte hat uns dieses Ereignis klar gemacht, wie schnell sich die gewohnte, friedliche Umgebung in Chaos auflösen kann. Wir haben aber in diesen Tagen noch etwas gelernt. Und zwar wie stark der Zusammenhalt und die Gemeinschaft in unserem Dorf und in unserer Gesellschaft sein können, wenn eine höhere Gewalt unser Zusammenleben bedroht. Daher möchten wir uns auf diesem Weg bei allen bedanken, die geholfen haben. Und dies auch immer noch tun. Ein besonderer Dank gilt der Feuerwehr und dem THW, die unerbittlich gegen die Wassermassen angekämpft haben; und auch dem Bürgermeister, der sich die Probleme der Bürger anhörte und Lösungen anbot. Zudem möchten wir uns auch bei der Kirchengemeinde und den Mitbürgern bedanken, die uns regelmäßig mit Essen und Trinken versorgt haben.

Christian Rau
Hochdorf

Hinweis

Veröffentlichungen in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

esslinger-zeitung.de

► Umfrage

Wer soll gehen beim DFB?



Foto: dpa

Der Fall Özil bringt den Deutschen Fußball-Bund in Schwierigkeiten. Wer macht dabei die schlechteste Figur und sollte Ihrer Ansicht nach den Hut nehmen?

